Zürichsee-Zeitung

Horgen

Kantonsräte machen gegen Tempo 50 auf der Seestrasse mobil

Polizei setzt Massnahme um Drei Kantonsräte von SVP und FDP kritisieren die Umsetzung des neuen Temporegimes auf der Seestrasse. Jetzt muss sich der Regierungsrat damit beschäftigen.

Pascal Jäggi

Seit wenigen Tagen gilt auf dem grössten Teil der Seestrasse Tempo 50. Die Schilder zwischen Kilchberg und Oberrieden sind ausgetauscht worden. Wie viele Verkehrsteilnehmer das gemerkt haben, ist eine andere Frage. Das stört den Kantonsrat Marcel Suter (SVP, Thalwil) doch sehr. Er hätte selbst nichts von der Tempoveränderung gewusst, wenn er den Artikel in dieser Zeitung nicht gesehen hätte, sagt er. «Es kann doch nicht sein, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von so einer wichtigen Änderung nichts erfährt.»

Zusammen mit Sandy Bossert (SVP, Wädenswil) und Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) hat er nun eine Anfrage an den Regierungsrat geschickt. Darin will Suter unter anderem wissen, inwiefern die Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ) legitimiert ist, diese Reduktion ohne Anstoss aus den Gemeinden zu initiieren.

Kritische Gemeinderäte

Er wolle nicht falsch verstanden werden, natürlich habe die ZPZ ihre Berechtigung, sagt der Kantonsrat, der selbst mehrere Jahre im Rüeschliker Gemeinderat sass. «Aber da müsste doch eine Mehrheit der Gemeinderäte hinter einem solchen Vorstoss stehen. Danach könnten die Delegierten der ZPZ den Entscheid fällen», sagt Suter. Nachdem sich einige Gemeinderäte kritisch äusserten, sei er sich nicht so sicher, ob die Mehrheit mit der Temporeduktion einverstanden sei. So mache es den Anschein, als ob sehr wenige Leute über ein Thema entschieden, das alle im Bezirk betrifft.

2018 sagte die ZPZ, dass sich alle Exekutiven der Seegemeinden im Bezirk für die Antragstellung ausgesprochen hatten. Das Begehren basierte demnach auf vorgängigen Abklärungen, die aufzeigen würden, dass in den fraglichen Streckenabschnitten die Temporeduktionen aus verkehrsplanerischer Sicht zweck- und verhältnismässig seien. In der ZPZ sind alle neun Gemeinden vertreten. Präsident ist mit Martin Arnold (Oberrieden) ein SVP-Mann.

Es gibt in dieser Frage offensichtlich eine Meinungsdifferenz zwischen den Exekutivpolitikern und den Bezirksparteien. Sowohl SVP als auch FDP des Bezirks Horgen sprachen sich öffentlich gegen Tempo 50 aus. Entschieden hat letztlich die Kantonspolizei Zürich.

Schlecht informiert

Störend ist für Marcel Suter auch, dass die Kantonspolizei die Umsetzung sehr schlecht kommuniziert habe. «Seit 50 Jahren gilt Tempo 60 auf der Seestrasse. Man merkt in diesen Tagen, dass die Schilder nicht vielen Leuten auffallen», erklärt der SVP-Kantonsrat. Da brauche es dringend eine breitere Informationskampagne. Dass zum Teil nicht einmal Gemeinderäte über das Umhängen der Schilder informiert gewesen seien, spreche doch Bände. Er könne sich etwa vorstellen, dass grosse Schilder mit der Aufschrift «Signalisationsänderung» aufgehängt werden.

Die Kantonsräte lancieren einen ganzen Strauss von Fragen. Obwohl ihm bewusst sei, dass rechtlich nichts zu machen sei, wie Marcel Suter versichert. Sie wollen vom Regierungsrat wissen, ob und wie oft die Gemeinden Gelegenheit hatten, sich zur geplanten Geschwindigkeitsreduktion zu äussern. Der Regierungsrat möge diese Stellungnahmen doch tabellarisch auflisten. Auch soll ersichtlich werden, ob sie sich zum eigenen Gemeindegebiet oder zur übergeordneten, regionalen Sicht äusserten.

Petition steht im Raum

Einzelne Gemeinden hätten zudem Bedenken gehabt, weil das Erscheinungsbild der Seestrasse nicht mit der Temporeduktion übereinstimmt. Der Regierungsrat soll antworten, wie er das sieht und welche baulichen Massnahmen geplant sind, inklusive Kosten. Nicht zuletzt stellen die Kantonsräte die Frage, ob die Gefahr bestehe, dass sich der Verkehr von der Seestrasse in die Zentren der unteren Bezirksgemeinden verlagert.

Wie geht es weiter? Im Winter dürfte die Antwort des Regierungsrats eintreffen. Marcel Suter überlegt sich, danach möglicherweise eine Petition zu starten. Nur schon, um zu zeigen, dass ein Teil der Bevölkerung mit der Änderung nicht einverstanden sei.

© Zürichsee-Zeitung. Alle Rechte vorbehalten.